

Bundesrat verabschiedet NAV für Hauspersonal. Normal arbeiten.

Die Gewerkschaften freuen sich, dass der Bundesrat für Angestellte in Privathaushalten einen Normalarbeitsvertrag erlassen hat. Jetzt ist rasche Umsetzung angezeigt. Lohndumping ist heute bei in Privathaushalten Beschäftigten eine Realität. Die Gefahr zu tiefer Löhne hat sich mit der Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes gegenüber den neuen EU-Mitgliedstaaten nochmals deutlich verschärft. Der SGB ist daher erleichtert, dass der Bundesrat die Warnung der Gewerkschaften gehört hat und dass nun ein Normalarbeitsvertrag (NAV) mit Mindestlöhnen für Hauspersonal gilt.

Krasse Fälle.

In den letzten zehn Jahren hat sich die Beschäftigung in Schweizer Privathaushalten mehr als verdoppelt: Weit über 100'000 Beschäftigte arbeiten als Hausangestellte - Tendenz steigend. Arbeits- und Anstellungsbedingungen im Haushaltsbereich sind aber prekär. Immer wieder decken die Gewerkschaften krasse Fälle von überlangen Arbeitszeiten und von Lohndumping mit Löhnen von 11 Franken pro Stunde oder weniger auf. Auch das Seco hat 2006 in einer Studie Handlungsbedarf aufgezeigt.

Ein Normalarbeitsvertrag ist im Gegensatz zum Gesamtarbeitsvertrag, der von den Sozialpartnern ausgehandelt wird, ein staatliches Instrument der Regelung für eine bestimmte Berufsgattung. Der Erlass von NAV mit verbindlichen Mindestlöhnen ist seit der Einführung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit möglich. Bisher wurden NAV nur auf kantonaler Ebene verfügt. Sie finden sich vorab in gewerkschaftlich schwach organisierten Branchen, wo die Kraft der Beschäftigten nicht zum Abschluss eines GAV ausreicht. So auch vorliegend - aber erstmals auf nationaler Ebene. Der GAV sieht Mindestlöhne von 18.20 Franken für Ungelernte, 20 Franken für Ungelernte mit vier Jahren Berufserfahrung und 22 Franken für Gelernte vor. Damit liegt der Bundesrat unter den von der tripartiten Kommission des Bundes empfohlenen Beträgen. Für die betroffenen Beschäftigten bedeutet der Entscheid dennoch eine Verbesserung, indes strebt der SGB eine baldige Erhöhung der Mindestlöhne an.

Rasch umsetzen.

Nötig ist nun, dass die Kantone rasch die erforderlichen Ressourcen für die Durchsetzung und den Vollzug dieser Mindestbestimmungen bereitstellen. Der NAV Hauswirtschaft hat aber auch über die direkt betroffene Branche hinaus Signalwirkung: Er zeigt, dass auch seitens des Staates Instrumente bestehen, vollkommen deregulierte Branchen, in denen prekäre Arbeit vorherrscht, in Schranken zu weisen. (SGB, VPOD, Unia).

Ohne Plan.

Allgemein hat prekäre Arbeit - also Arbeit, die die wirtschaftliche Existenz nicht oder nicht nachhaltig sichert und die zu Armut trotz Arbeit führt- zugenommen, auch in der Schweiz. Dies bestätigt ein im Oktober veröffentlichter Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco. Gemäss seinen Statistiken hat sich beispielsweise die Temporärarbeit seit 2001 verdoppelt. Immer wieder sind es Temporärfirmen, die gegen die Schweizer Arbeitsbestimmungen verstossen. Ein schützender GAV für den Bereich der Temporärarbeit scheiterte bislang am Widerstand der Arbeitgeberseite. Für den SGB muss Arbeit existenzsichernd, planbar und mit Familienpflichten vereinbar sein. Arbeit auf Abruf erfüllt diese Bedingungen nicht und bedeutet häufig die Überwälzung des Unternehmensrisikos auf die Beschäftigten und die Rückkehr zur Tagelöhnerie!. Die Arbeitslosenversicherung betrachtet Arbeit auf Abruf nicht als „zumutbare Arbeit“.

Auch der VPOD beobachtet in seinem Bereich seit langem eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, etwa im Sozial- und im Gesundheitswesen. Vielerorts wird auf Personen abgestellt, die ohne festen Vertrag auf Abruf bereitstehen, unbezahlt auf den Einsatz warten und dann wiederum überlange Schichten leisten müssen. Auch im Ausbildungsbereich, namentlich der Erwachsenenbildung, ist die Anstellung im Stundenlohn oder mit jährlich erneuerten Kettenarbeitsverträgen gang und gäbe; oft ist das Arbeitspensum erst mit Beginn des Semesters bekannt. Arbeit auf Abruf ist zudem bei vielen privaten Anbietern aus dem Bereich der Sozial- und Marktforschung verbreitet-Institute, die auch Aufträge für die öffentliche Hand ausführen. Auch unter sehr gut Ausgebildeten gibt es prekäre Verhältnisse - das Stichwort heisst "Generation Praktikum": Die Praxis, die Vergabe einer regulären Stelle an ein vorgängig zu absolvierendes, nur symbolisch bezahltes Praktikum zu knüpfen, breitet sich aus. Die Zunahme der Temporärarbeit und der Arbeit auf Abruf ist besorgniserregend und wird von den Gewerkschaften bekämpft. (VPOD).

VPOD-Magazin, November 2010.